

2000 *1095-*

Blätter der Arbeit



**Bericht der Gründungskonferenz
der VVN Nordrhein-Westfalen
am 26. Okt. 1946 in Düsseldorf**

Heft 1

Als Manuskript nur für Organisationsgebrauch gedruckt

Rekonstruktion:

(c) VVN/BdA NRW, 2015

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Nordrhein-Westfalen

Gathe 55, 42107 Wuppertal, www.nrw.vvn-bda.de, nrw@vvn-bda.de

„BLÄTTER DER ARBEIT“

HEFT I

Bericht der Gründungskonferenz
der VVN Nordrhein-Westfalen
am 26. Oktober 1946, in Düsseldorf

Die Widerstandskämpfer gegen das Hitler-Regime wollen die Kämpfer für den Aufbau eines politisch und wirtschaftlich einheitlichen Deutschlands sein.

VORBEMERKUNG

Liebe Kameraden!

Die letzte Landeskonferenz gab uns den Auftrag, die Berichte unserer Tagungen zusammengefaßt in Broschürenform allen Mitgliedern zugänglich zu machen. Es mußten viele Schwierigkeiten, besonders die Papierknappheit, überwunden werden, bis daß es uns jetzt erst möglich war, den Bericht über unsere Gründungskonferenz der VVN für Nordrhein-Westfalen herauszubringen.

Wir wollen diese Schriftenreihe

„Blätter der Arbeit“

nennen.

Wir wollen uns nicht nur darauf beschränken, in dieser Schriftenreihe unsere Tagungsberichte zusammenzufassen, sondern auch wichtige Verordnungen der Behörden oder Kommentare von maßgebenden Kameraden dazu, ebenso Beschlüsse unserer Organisation, die für die Arbeit von besonderer Bedeutung sind und Referentenmaterialien veröffentlichen. Zweck der Herausgabe dieses Materials soll sein, jedem Kameraden Nachschlage- und Orientierungsmöglichkeit für seine Arbeiten in die Hand zu geben.

Das Landessekretariat



Peter Lütches spricht

Vorbereitung

Die Einladung.

An

1. die ehemaligen KZler in den Kreissonderhilfsausschüssen,
2. die Vereinigungen ehemaliger, politischer Gefangener,
3. den Herrn Ministerpräsidenten sowie die Herren Minister,
4. die Herren Oberbürgermeister und Landräte,
5. die Vorsitzenden der demokratischen Parteien,
6. die Hauptschriftleiter der demokratischen Zeitungen.

Sehr geehrte Herren!

Liebe Kameraden!

Auftrags der vorbereitenden Landesorganisation beehre ich mich, Sie zu einer Delegiertentagung auf Sonnabend, den 26. Oktober 1946, 10 Uhr, ins Neue Theater, Düsseldorf, Friedrichstraße, einzuladen.

T a g e s o r d n u n g :

1. Einführende Worte:

Sprecher: Peter Lütches, Düsseldorf (CDU),

2. Worte der Begrüßung:

3. Totenehrung:

Sprecher: S. Seelig, Düsseldorf. Ministerpräsident Dr. Rudolf Amelunxen, Regierungspräsident Dr. Kurt Necker, Oberbürgermeister Karl Arnold, Ernst Saalwächter.

4. „Unsere überparteiliche, politische Mission“, Sprecher: Senator Franz Heitgres, Hamburg (KPD).

Kurze Pause.

5. „Die Organisation der ehemaligen politischen Gefangenen“, Sprecher: Hans Schwarz, Hamburg (SPD).

6. Wahl des Vorstandes.

7. Anstellung von zwei Landessekretären.

8. Bildung von Arbeitsausschüssen.

Mit vorzüglicher Hochachtung und mit kameradschaftlichem Gruß

Im Auftrage: Peter Lütches

Anmerkungen:

1. Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Wahl des Vorstandes.

Im Interesse der Wahrung der Einheit aller ehemaligen politischen Gefangenen, rassisch und religiös Verfolgten, zugleich aber auch des überparteilichen Charakters der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) erscheint die Bildung eines paritätisch zusammengesetzten Vorstandes etwa auf folgender Basis notwendig:

- 2 Vertreter der KPD,
- 2 Vertreter der SPD,
- 1 Vertreter der CDU,
- 1 Vertreter des Zentrums,
- 1 Vertreter der FDP,
- 1 Vertreter der deutschen Staatsbür-

- ger jüdischen Glaubens,
- 1 Vertreter der Frauen.

Es ist darüber hinaus notwendig, einen erweiterten Vorstand zu wählen, der aus je einem Vertreter der Regierungsbezirke Düsseldorf, Aachen, Köln, Münster, Arnsberg, Minden und Lippe besteht.

2. Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Anstellung von zwei Landessekretären.

Die Weiträumigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen und seine Eigenart bedingen die Bestellung je eines Rheinländers und eines Westfalen.

3. Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Bildung von Arbeitsausschüssen.

Es wird vorgeschlagen, je eine Satzungsprüfungs- und Haushaltskommission sowie einen Arbeitsausschuß zu bestimmen.

Der äußere Verlauf der Tagung

Die erste Delegiertentagung gehört der Vergangenheit an. Groß war die Freude jener 500 Kameraden und Kameradinnen, die aus allen west- und süddeutschen Besatzungszonen den Weg nach Düsseldorf gefunden hatten. Das „Neue Theater“ war zum Bersten voll. Am Eingang grüßten die flatternden Banner Düsseldorfs, Rheinlands und Westfalens. Die Bühne zeigte neben den Wappen des neuen Landes Rheinlands und Westfalens den roten Winkel, das Kennzeichen jener deutschen Freiheitskämpfer, die sich niemals der nationalsozialistischen Gewalt Herrschaft gebeugt [haben].

Weihelvolle Stimmung im Herzen lauschten die Kumpels aus Gefängnis, Zuchthaus und Konzentrationslager, als Peter Lütches die Konferenz eröffnete, brausender Beifall erscholl, als Ministerpräsident Dr. Rudolf Amelunxen geendet hatte. Tief drangen Regierungspräsident Dr. Kurt Neckers Darlegungen in alle Herzen ein, freudiges Echo lösten Oberbürgermeister Karl Arnolds Worte aus und lebhaftes Händeklatschen

dankte Ernst Saalwächter, dem Vorsitzenden der Düsseldorfer Vereinigung.

Stehend, zutiefst ergriffen, vernahmen die Versammelten Siegfried Seeligs ehrende Worte, gewidmet jenen, die in den 12 Jahren des nationalsozialistischen Terrors Blut und Leben für ihre Überzeugung, ihre Rasse, ihren Glauben oder aber für ihr Vaterland dahingegeben haben. Jammerschade, daß Senator Franz Heitges, Hamburg, bettlägerig krank, fernbleiben mußte. So verlas Ernst Saalwächter seine Rede. Hans Schwarz, Hamburg, ernst und durchdringend, allem Pathos abhold, fand reichen Dank. Die Vorstandswahl, vorbereitet durch die Kameraden Ratte-Essen und Schwörer-Dortmund, nahm einen flotten, den Geist der Einigkeit atmenden Verlauf.

Die Konferenz bestimmte Josef Giboni-Bochum und Hein Hamacher-Köln zu Landessekretären. Nach der einstimmigen Annahme einiger Entschlüsse konnte Ernst Saalwächter die erste großzügig angelegte,

reibungslos abgewickelte Tagung schließen. 500 Kameraden und Kameradinnen nahmen im Anschluß in den Restaurationsbetrieben des Hauptbahnhofes Düsseldorf ein markenfreies, reichliches Mittagessen ein. Der Abend vereinte die Delegierten zu einer Sondervorstellung von Robert Ardreys Schauspiel „Leuchtfeuer“ in den Kammerspielen.

209 Gäste übernachteten eine Nacht oder mehrere Nächte in Düsseldorf, das, so schwer es auch in Mitleidenschaft gezogen sein mag, in unseren Kameraden die altbewährte Gastfreundschaft an den Tag legte. Am folgenden Tage veranstaltete die Düsseldorfer Vereinigung ihre jährliche Gedenkfeier für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Die Begrüßung durch Peter Lütsches, Düsseldorf



Meine Herren von der
Militärregierung!

Meine Damen und Herren!

Liebe Kameraden und
Kameradinnen!

Ich eröffne die erste Delegiertentagung der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes des Landes Nordrhein-Westfalen und heiße Sie namens der vorbereitenden Landesorganisation von Herzen willkommen.

Ich begrüße die Herren von der Militärregierung, danke Ihnen dafür, daß Sie unserer Einladung Folge geleistet haben, danke Ihnen aber auch für das Interesse, daß Sie, von Anfang an, den Bestrebungen unserer Düsseldorfer Kameraden entgegengebracht haben.

Ich begrüße mit besonderer Genugtuung den Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Rudolf Amelunxen, der es sich trotz seiner übermäßig starken Inanspruchnahme, nicht hat nehmen lassen, uns mit seinem Besuch zu beehren.

Mit dankbarer Freude darf ich feststellen, daß Sie, verehrter Herr Ministerpräsident, in Ihrer jüngsten Regierungserklärung uns gegenüber Worte gefunden haben, die uns mit neuer Hoffnung beleben.

Ich begrüße den Minister für den Wiederaufbau, den Kameraden Hugo Paul, begrüße den Sozialminister, den Kameraden Heinz Renner, begrüße den Arbeitsminister, den Kameraden August Halbfell, und begrüße den Justizminister, Herrn Eduard Kremer.

Ich begrüße den Regierungspräsidenten von Düsseldorf, den Kameraden Dr. Necker, mit dem uns ein ganz besonders herzliches Verhältnis verbindet.

Ich begrüße Sie, lieber Herr Oberbürgermeister Karl Arnold, und danke Ihnen dafür, daß Sie es mir durch die mehrstündige Verlegung der heutigen ersten Stadtverordnetensitzung

ermöglicht haben, Beginn und Ende dieser Tagung mitzumachen.

Ich begrüße Sie, lieber Kamerad Ministerialdirigent Dr. Frenkel, und danke Ihnen für Ihre vorbildliche, von Liebe und Verständnis diktierte Amtsführung. Sie haben dadurch in entscheidendem Maße dazu beigetragen, das Vertrauen zu wecken und zu stärken, ohne das eine einträchtige Zusammenarbeit undenkbar ist.

Ich begrüße Sie, verehrte Gäste, Kamerad Regierungspräsident Lude, Aachen, die Vertreter der Regierungspräsidien von Minden, Arnsberg, Münster und Köln, sowie die Herren Landräte, Oberbürgermeister, Oberstadt- und Oberkreisdirektoren aus westdeutschen Kreisen und Großstädten, begrüße die Vertreter der Parteien und der Presse, begrüße alle diejenigen, die sich als Gäste bei uns eingefunden haben.

Ich begrüße, wenn auch zuletzt, so aber mit ganz besonderer Herzlichkeit, Euch, liebe Kameraden aus der britischen, amerikanischen und französischen Zone, die Ihr zu uns an den Rhein gekommen seid, um teilzuhaben an unserer Arbeit und an unserem Geschick.

Ich begrüße Euch, liebe Kameraden aus Koblenz und Trier, und heiße Euch herzlich willkommen in unserem Land. Nichts schmerzt uns so sehr als das Bewußtsein, von Euch getrennt zu sein. Meldet Euren Brüdern und Schwestern, daß wir Euren Ehrenplatz offen halten. Bis dahin aber reichen wir Euch in Lieb und Treu die rheinisch-westfälische Bruderhand.

Ich begrüße Dich, Hans Schwarz aus Hamburg, Leiter unseres Zonensekretariats. freue mich darüber, daß Du erstmals den Weg nach Düsseldorf gefunden hast und hoffe und wünsche, daß es Dir bei uns gefallen möge.

Es schmerzt mich zutiefst, von Dir verneh-

men zu müssen, daß unser lieber Franz Heitgres einem Autounfall zum Opfer fiel und nun mit einem komplizierten Armbruch das Bett zu hüten gezwungen ist.

Wir hatten uns von Herzen gefreut, unseren Feuergeist, Franz Heitgres, hier sprechen zu hören und wir bitten Dich, Hans Schwarz, ihm unsere besten Wünsche für eine baldige Genesung übermitteln zu wollen.

Meine lieben Kameraden!

Als wir, vor 18 Monaten, befreit durch alliierte, nicht aber durch deutsche Hand Gefängnis, Zuchthaus oder Lager verließen, jubelten wir freudestrahlend der Freiheit entgegen.

Als wir nach jahrelanger Verbannung heimkehrten in unsere Stadt, heimkehrten in den Kreis unserer Familie, litt es uns, kaum daß wir warm geworden, nicht ohne Arbeit, und Ziel.

Arbeiten wollten wir, arbeiten mit ganzer Kraft, schaffen und taten in unserem freien und friedfertigen demokratischen Deutschland der neuen Zeit.

Arbeiten wollten wir, arbeiten mit ganzer Kraft und ... wurden gröblichst enttäuscht ... War das, was sich uns bot, unser freies, deutsches Vaterland?

Um das wir gelitten, um das wir gerungen, um das wir gezittert, um das wir gebebt? O nein, das war es nicht, unser deutsches Volk, wie wir es verlassen mußten.

Unser Vaterland war im Konzentrationslager zurückgeblieben. Hinter Stacheldraht, wo es auch Kommunisten und Sozialisten, Christen beider Konfessionen und andere mehr gegeben.

Wo uns indes ein einiges Band umschlang, das der Kameradschaft. Wo uns ein einziges Ziel vor Annen geschwebt, das der Freiheit. Wo uns ein einziger Wille beherrschte, der, ein neues Deutschland zu schaffen.

Monatelang verschlug es uns fast die Sprache. Monatelang tasteten wir einzeln vor. Monatelang erfuhren wir Faustschlag um Faustschlag mitten ins Gesicht.

Langsam aber wachten wir auf. Langsam aber wuchs uns neue Kraft. Im April trafen wir einander in Hamburg. Wir, die Alten aus der britischen Zone.

Im Juli drückten wir in Frankfurt am Main einander die Hand. Nun schon nicht mehr allein, nun schon aus allen vier Besatzungszonen.

Heute treten wir zusammen an Rhein und Ruhr, nächste Woche schon in Kiel. Baldigst im Niedersachsenland und so fort.

Was aber wollen wir? Nichts, denn Brüder

sein. Erneuern wollen wir den Bund. Auf neu begründen, was uns stark gemacht.

Auszumerzen wünschen wir, was als Hemmschuh sich erweist. Keine Nazis, Demokraten, voll und ganz dem Volk verwurzelt, voll und ganz dem Volk ergeben.

Den Parteien frisches Blut zu geben. Ihren Blick zu richten auf das Ganze. Was uns eint, zu fördern, was uns trennt, zu binden.

Nicht Streit noch Zank, nicht Rache noch Vergeltung. Dem freien und friedfertigen, dem ehrlichen und aufgeschlossenen, dem wahrhaft demokratischen, allem Reaktionsären abholden Deutschland zu dienen, sei unser Ziel. So laßt uns, Freunde, nun an die Arbeit gehen.

Ansprache des Ministerpräsidenten Dr. Rudolf Amelunxen, Düsseldorf



Namens der Landesregierung übermittle ich der vorbereitenden Landesorganisation der in Gründung begriffenen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes die besten

Wünsche für die in Angriff genommene und durchzuführende Arbeit. Ich selbst werde diese Arbeit in jeder möglichen Weise unterstützen und fördern, zumal ich der Meinung bin, daß für die Opfer der Terrorzeit bisher noch zu wenig geschah.

Meine Damen und Herren! In der neuen französischen Verfassung steht ein Paragraph, der höchste Beachtung verdient. Man könnte ihn revolutionär nennen, wenn dieses Wort nicht abgegriffen wäre. Er besagt in prägnanter Kürze, daß der Widerstand in jeder Form eine geheiligte und gebieterische Pflicht der Bürger ist, wenn eine Regierung die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte und Freiheiten mißachtet. Hier wird die erlösende Vereinzelung der Masse, die politische Mündigkeit der Staatsbürger fest verankert. Wir erkennen den Fortschritt der gesellschaftlichen Ethik seit den Tagen jener Autokratie und Vordermannsdisziplin, die Friedrich Wilhelm der Erste im märkischen

Sande nach seinen eigenen Worten wie einen Bronzefelsen, errichtet hat, und die bis in die jüngste Vergangenheit hinein ihren unheilvollen Einfluß ausüben konnte. Damals war die Ruhe die erste Bürgerpflicht, Sicherheit und Ordnung waren das Nonplusultra des öffentlichen Lebens, dem sogar die Gerechtigkeit geopfert werden durfte.

Meine Damen und Herren! Sie alle gehören zu den Männern und Frauen, die in den verflommenen Jahren der Finsternis, da ganz Deutschland ein Zuchthaus war, diese Pflicht erfüllt haben und dafür viel Bitternis erdulden mußten. Sie sind aufrecht den erkannten Weg der Wahrheit und Würde geschritten und haben sich zu dem Grundsatz bekannt: „Es geschehe Gerechtigkeit, mag auch die Welt dabei zugrunde gehen.“ Sie haben sich bewährt vor den Augen der Justitia unserer abendländischen Geschichte, die Waage und Schwert in den Händen trägt. Sie waren Bekenner zu einer Zeit, als mit einzigartiger Bedeutung das Schillerwort galt: „Aus der Welt die Freiheit verschwunden ist, es gibt nur noch Herren und Knechte, die Falschheit herrscht und die Hinterlist bei dem feigen Menschengeschlechte.“

Nichts wäre verkehrter als die Behauptung, Sie seien Märtyrer nur geworden aus Mangel an Bürgersinn. Das Gegenteil trifft zu. Es hat nämlich auf diesem Planeten immer zwei Sorten von Bürgern gegeben. Das waren einmal die Philister und Spießler, die nie zu geistiger Selbständigkeit kamen und überall da mitgelaufen sind, wo ihnen Brot und Zirkusspiele verheißen wurden. Diese Leute gingen konform mit der Einheitsform und schätzten als Höchstes die Uniform. Zu der anderen Gruppe zählen die Menschen, die den Begriff des Bürgers nicht als Standesbezeichnung, sondern als einen öffentlichen Ehrennamen betrachten, die ihre Verantwortung kennen und ihrer geistigen Freiheit sich bewußt sind. Fünf ihrer ausgeprägten Köpfe in der Geschich-

te sind der alte Römer Cato, der Engländer Thomas More, der Franzose Thomas Paine, der Amerikaner Abraham Lincoln und der Deutsche Ernst Moritz Arndt, die eher in Tod und Verbannung gingen, als daß sie aus ihrem Herzen eine Mördergrube machten. Der wahre Bürger wird immer das Zeug haben zum Bekennen. Das war der Fall schon in Hellas und Rom, das war auch so in der Nazizeit.

In den hinter uns liegenden düsteren Jahren hat niemand das eigene Volk und die Menschheit mehr geliebt als die Verfolgten, Verfemten und Verachteten. Sie haben freiwillig darauf verzichtet, vor der hypnotisierten Umwelt als anständige Menschen und anständige Deutsche zu gelten. Sie ließen sich beschimpfen und verleumdern, weil sie ihrem Gewissen mehr gehorchten als der Gewalt. Weil ihr Gewissen unzweideutig ihnen sagte, daß man einem Verbrecherstaat keinen Gehorsam schuldet, haben sie nach dem Pauluswort bis aufs Blut widerstanden. Sie sahen den trostlosen Weg des deutschen Schicksals mit nüchternem Sinn voraus und hatten dennoch den Mut, einer unaufhaltsam rollenden Lawine sich entgegenzustemmen. Sie haben den verzweifelten Versuch gemacht, das Rad der deutschen Geschichte endlich herumzuwerfen. Denn diese deutsche Geschichte hat nie eine wahre Volkserhebung gekannt, sondern nur Zerrbilder einer Revolution, die damit ihren empörendsten Gipfel erreichten, daß die Satzungen der Konzentrationslager „kraft revolutionären Rechtes“ plakatiert wurden. Die erstgenannte Art von Bürgern, die Kategorie der Spießbürger, war in Deutschland zu allen Zeiten besonders stark vertreten. Der echten Bürger waren stets wenige. Aber desto heller strahlen ihre Namen und Taten durch den Nebel der herostratischen Chloroformierung. Sie erbringen den Beweis, daß der Bizeps noch immer vom Geist besiegt wurde, daß die Freiheit das kostbarste Gut des Menschen ist.

Meine Damen und Herren! Für Ihre Haltung und Ihr Beispiel schuldet das deutsche Volk und ganz Europa Ihnen Dank. Ich stehe vor Ihnen nicht nur als Vertreter der Regierung, sondern auch als ein Mann, der unter dem Nazitum hinreichend gelitten hat und viele Monate morgens, wenn der Milchmann schellte, begründete Angst hatte, abgeholt zu werden. Sie dürfen überzeugt sein, daß ich nicht nur Ihre vergangenen Nöte, sondern auch Ihre gegenwärtigen Sorgen und Anliegen kenne. Sie dürfen daher auch das Vertrauen haben, daß von unserer Landesregierung alles getan wird, um Ihnen jene Genugtuung zu verschaffen, auf die Sie mit Recht einen Anspruch erheben.

Ich weiß, daß Ihre in den Gefängnissen und Lagern zu Tode gequälten Kameraden nicht ausschließlich Helden gewesen sind, ich weiß, daß auch viele nur Opfer waren, die darum aber nicht weniger beklagenswert sind. Es gibt keine größere Kulturschande als die Jagd auf Menschen wegen ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Gemeinschaften. Ob geburtsmäßig natürliche Abstammung oder bewußtes Bekenntnis, ob rassische, nationale, politische oder religiöse Bindungen für solche Gemeinschaften entscheidend sind, das ist letzten Endes gleichgültig, weil jeder einzelne Mensch in seinem einmaligen Dasein und Sosein geschützt und gefördert werden muß. Die barbarische Ideologie eines militanten Gruppendenkens, sei es gerichtet gegen Christen oder Juden, Sozialisten, Kommunisten oder Liberalisten, Bibelforscher oder Freimaurer, muß mit Rumpf und Stumpf ausgerottet werden,- damit jener blutige Spuk, der die dunkelsten Zeiten des Altertums und Mittelalters in den Schatten stellt, sich nie wiederholen kann.

Man erlebt heute bei manchen Zeitgenossen eine fast unglaubliche Fühllosigkeit und Verhärtung. Die sogenannten Kazettler werden ungern gesehen und als unbequem empfunden.

Man lehnt sie vornehm ab als Radikalen oder Extremisten, die ihr Schicksal sich eigentlich selbst durch ihr ewiges Krakeelen zu verdanken hätten. Zu welcher Kategorie von Bürgern diese Zeitgenossen gehören, brauche ich nicht zu wiederholen. Es sind die gleichen Leute, die behaupten, in der Nazizeit sei es dem deutschen Volk besser ergangen, und wenn jemand unter diesem Regime gelitten habe, so sei dies höchstens ein moralisches Leiden gewesen. Geistige Knebelung und seelische Knechtung betrachten solche Leute als eine Bagatelle, die keine besondere Erwähnung verdient. Im schlimmsten Falle sagen sie, man dürfe nicht das eigene Nest beschmutzen. Sie zucken die Achseln über die Tatsache, daß die Köpfe unserer deutschen Bekenner keinen Pfifferling wert waren und jeden Augenblick rollen konnten. Die Verseifung der Leichen in Auschwitz halten sie für ein Greuermärchen. Sie nehmen es gleichgültig zur Kenntnis, daß über vierzigtausend Juden aus unserem Land Nordrhein-Westfalen vertrieben und ermordet wurden, daß fünfundzwanzigtausend Westfalen und Rheinländer in Todesmühlen geschleppt und wenigstens zehntausend Kranke dieses Gebietes vergast wurden. Es interessiert sie nicht, daß allein die vierunddreißig Abgeordneten der KPD unseres Landtages insgesamt einhundertunddreiundvierzig Jahre in Lagern und Zuchthäusern, in Gestapokellern und Folterkammern eingekäfigt waren, daß in unserem Land mehr als vierhundert Geistliche beider christlichen Kirchen zu Märtyrern wurden. All denen, die den Schandtaten und Verbrechen der Vergangenheit das richtige Verständnis noch nicht entgegenbringen, müssen wir mit wachrückelnder Aufklärung und eindeutigen Feststellungen entgegentreten.

Um eine Wiederholung dieser Vergangenheit für immer unmöglich zu



Der Ministerpräsident spricht

machen, werden wir die Kursrichtung unseres neuen Volksstaates in eindeutiger Weise festlegen. Toleranz ist eines der wichtigsten Merkmale einer humanen Demokratie. Es gibt in ihr keine indifferenten Voraussetzungslosigkeiten und keine fanatischen Kompromißlosigkeiten. Der sokratische Geist einer aufbauenden Kritik und gesunden Skepsis ist unerlässlich, wenn wir nicht eines Tages in den totalitären Trommelwirbel zurückschlitern wollen. Eine vernünftige Ordnung des Gemeinschaftslebens ist unmöglich ohne friedliche Übereinkunft und gegenseitige Duldung. Unduldsamkeit, Verhetzung und Haß haben Völker und Staaten vernichtet. In der Ausübung dieser Toleranz darf und muß nur eine einzige Ausnahme gemacht werden, nämlich die, daß es keine Freiheit gibt für die Mörder der Freiheit. Wir kennen diese und werden alles tun, um sie nicht noch einmal zum Zuge kommen zu lassen.

Wir betrachten es als die ehrenvollste Aufgabe der menschlichen Gesellschaft, die

Schwachen und Wehrlosen zu schützen. Minderheitenterror und Unterdrückungspolitik lehnen wir ab auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und würden solche unerfreulichen Erscheinungen aufs schärfste bekämpfen. Wir werden die Irrlehre, daß Gott mit den stärkeren Bataillonen ist, und die These eines Nietzsche, daß man das Falende noch stoßen soll, abschaffen.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß für Sie das Vergeben leichter sein wird als das Vergessen. In gemeinsamer Arbeit wollen wir versuchen, die großen Aufgaben zu lösen, die uns allen gestellt sind. Ich hoffe und glaube, daß die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, der seitens der Landesregierung tatkräftige Hilfe zuteil werden soll, einen wesentlichen Beitrag leisten wird zum demokratischen Aufbau in europäischem Geist, auf daß Deutschland aus seiner nationalistischen Verirrung zurückkehrt zu jener weltweiten Wahrheit, die allein uns freimachen kann: „Willst du den Frieden, so schütze die Gerechtigkeit.“

Ansprache des Regierungspräsidenten Dr. Kurt Necker, Düsseldorf

Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kameraden! Namens der Bezirksregierung und auch als Kamerad entbiete ich Ihnen, die Sie von fern und nah herbeigeilt sind, meine herzlichsten Willkommgrüße.

Es ist für mich eine freudige Genugtuung, daß sich die einzelnen Gruppen der politisch, rassisch und religiös Verfolgten des Nationalsozialismus nunmehr zu einer Gemeinschaft der Verfolgten des Naziregimes zusammengeschlossen haben. Das gibt dieser Tagung eine besondere politische Bedeutung.

Der äußeren Geschlossenheit, die hier sichtbar vor Augen tritt, muß die innere Geschlossenheit folgen. Für jeden Staat sind die Begriffe Gemeinschaft und Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Die Organisation ist nur die äußere Form. Der Geist ist es, der sie lebendig macht.

Unsere Aufgabe ist es, dafür Sorge zu tragen, daß sich unsere Organisation geistig auswirkt. Jedes Mitglied muß sich lebendig zu ihr bekennen. Jetzt ist jedem politisch Verfolgten die Möglichkeit geboten, unter Beweis zu stellen, daß sein Kampf während der Nazi-Herrschaft nicht vergeblich gewesen ist. Jetzt bieten sich ihm die Chancen, mit letzter Kraft seinen Beitrag zum Wiederaufbau unseres schwer geprüften Vaterlandes zu leisten.

Ich sehe in unserer heutigen Tagung keine lose Zusammenkunft und nicht den Sinn, um irgendwelcher Vorteile willen zu demonstrieren. Ich erblicke in Ihrer Organisation einen Orden zur Festigung der Demokratie. Dieser Orden hat in erster Linie Pflichten, hat natürlich auch bestimmte Rechte, niemals indes Vorrechte gegenüber der schwer geprüften Bevölkerung. Unsere Arbeit steht

nicht unter dem alkoholisierten Bürgerbräukeller-Geist. Uns beseelt der Wille zu arbeiten und nochmals zu arbeiten.

Die Auslese, die bei uns getroffen wird, bietet eine Gewähr dafür, daß der unsererseits erstrebte Orden sauber bleibt. Er hat dadurch im Staatsleben eine ganz besondere Bedeutung.

Darüber hinaus aber bildet unsere Vereinigung eine Keimzelle der Verständigung zwischen den Völkern Europas und der Welt. Hunderttausende von Kameraden aus allen Nationen sind in nationalsozialistischen Gaskammern grausam ums Leben gekommen. Diejenigen, die die Schreckensherrschaft überstanden, sind heimgekehrt. Zu ihnen verbindet uns eine lebendige Brücke. Und diese Brücke muß und wird auch für unser Volk von ausschlaggebender Bedeutung sein. So erblicke ich in Ihrer heutigen Tagung den Ausgangspunkt für eine Entwicklung, die ich in jeder Hinsicht sehr begrüße.

Es ist Ihre Pflicht darüber zu wachen, daß sich keine kriminellen Elemente in Ihre Reihen einschleichen. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß unsere Reihen blitzsauber bleiben. Wir wollen auf der anderen Seite



nicht verkennen, daß sich auch unter den sogenannten Kriminellen solche befinden, welchen schweres Unrecht angetan wurde. Wenn sie ihre Strafen in den Gefängnissen und in den Zuchthäusern verbüßt hätten, dann wurden sie einfach abgeholt und in die Konzentrationslager geschafft. So ist auch ihnen manchmal schweres Unrecht zugefügt worden. Wir, die wir auf dem Boden des Rechts stehen, haben auch diese Dinge zu erwähnen und zu bedenken, daß es darauf ankommt, jenen den Weg zu einer neuen Existenz und zu einem neuen, dem Ganzen dienenden Leben zu verschaffen, die einstens gefehlt haben.

Wenn wir sauber nach innen und außen an unsere Arbeit gehen, dann wird das deutsche Volk Vertrauen zu uns finden. Dann werden jene verstummen, die heute noch die Behauptung aufstellen, daß KZler alles haben, die alle in einen Topf werfen, jene, die für ihre Überzeugung, für ihre Rasse oder für ihren Glauben bitter leiden und entbehren mußten und jene, die kriminelle Delikte nach verbüßter Haft ins Konzentrationslager brachten. Unsere Aufgabe muß auch darin liegen, die deutsche Jugend zu erfassen und in günstigem Sinne zu beeinflussen. An uns ist es gelegen, in der rechten Form zu vermit-

teln und ihr Liebe für den Glauben an ein neues, demokratisches Deutschland einzuflößen.

Die Beratung der Fragen der Wiedergutmachung ist eine der wichtigsten Aufgaben Ihrer Vereinigung. Sie ist, zutiefst betrachtet, überhaupt nicht möglich. Man kann nicht Tote wieder zum Leben erwecken, man kann die Leiden und Todesängste, kann die Beleidigungen, den Spott und auch den Hohn nicht einfach vergessen machen.

Man muß den politisch, rassisch und religiös Verfolgten vor allen Dingen eine neue Existenz schaffen, muß ihnen bei der Errichtung eines neuen Geschäfts zu Hilfe eilen, muß indes unter allen Umständen vermeiden, die Meinung zu erwecken, als ob ein gewisses Vorrecht zuungunsten der Gesamtheit ausgenutzt würde.

Wenn Sie sich diese Gedanken zu eigen machen, wenn Ihre Tagung unter dem Motto steht, dem Ganzen zu dienen, wenn Sie Ordnung und Sauberkeit auf ihre Fahnen schreiben, dann bin ich mit Ihnen der Meinung, daß Sie zu vollen Erfolgen gelangen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen guten Verlauf Ihrer Konferenz.

Der Gruß des Oberbürgermeisters Karl Arnold, Düsseldorf

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist mir eine besondere Ehre und Freude, Ihnen zu Ihrer ersten Tagung die Grüße und Glückwünsche der Stadt Düsseldorf zu übermitteln. Sie sind heute- zusammengetreten, um wichtige und ernste organisatorische Fragen zu beraten und Ihre Organisation aufzubauen.

Aber nicht nur zur Beratung von organisatorischen Fragen allein sind Sie nach Düsseldorf geeilt. Sie haben in den vergangenen zwölf Jahren der nationalsozialistischen Ge-

waltherrschaft um Ihrer rassischen Abstammung willen die unselige Macht des Nationalsozialismus am eigenen Leibe verspürt.

Es wäre eine Verkennung des deutschen politischen Lebens und es ist ein großer Irrtum, wenn behauptet wird, daß in der Zeit der vergangenen Epoche das deutsche Volk in seiner Gesamtheit sich willenlos dem nationalsozialistischen Ungeist hingegeben hätte. Ihre Organisation und Ihre Existenz, aber insbesondere die Leiden, die Folterungen und das ungezählte tausendfache Sterben in

Gefängnissen, Zuchthäusern und Lagern ist der eindeutige Beweis dafür, daß schon während der Nazizeit in Deutschland eine lebendige Revolution gegen den Nationalsozialismus bestanden hat. Diese Tatsache sollte man auch außerhalb Deutschlands erkennen und beachten.

Ihre Leiden bilden mit dem Opfertod unzähliger aufrechter Deutscher ein heiliges Vermächtnis. Ein Vermächtnis, das der ganzen Nation zu eigen ist, ein Vermächtnis, das uns gemeinsam verpflichtet, mit letzter Hingabe und mit aufopferungsfreudigem Kräfteinsatz dafür zu arbeiten, daß nunmehr endgültig und unwiderruflich ein Deutschland aufgebaut wird, dessen unverrückbare Grundsteine sein müssen: Recht, Gerechtigkeit und Freiheit des einzelnen Staatsbürgers.



Oberbürgermeister Karl Arnold, Düsseldorf

Willkommen in Düsseldorf!

Von Ernst Saalwächter, .Düsseldorf

Meine sehr verehrten Anwesenden, Kameradinnen, Kumpels aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern!

Als vor anderthalb Jahren sich die Zuchthäuser für uns öffneten und der Stacheldraht durch das Vorrücken der siegreichen alliierten Armeen fiel, und alles, was befreit wurde, sich bei den amtlichen Stellen meldete, beobachteten wir politische Gefangene, daß mit unserem Namen von Verschiedenen Schindluder getrieben wurde. Wir ehemalige politische Gefangenen hielten es für unsere Pflicht, genau wie in den Lagern, unsere Reihen sauber zu halten. Die Tatkräftigsten unter uns hielten es aber auch für ihre Pflicht, unseren Kameraden zu helfen. Die Solidaritätsaktionen, gestützt auf die Widerstands-

bewegung in den Lagern, setzten auch in der neugewonnenen Freiheit ein. Es bildeten sich allorts Komitees und Vereinigungen ehemaliger politischer Gefangener, rassisch und religiös Verfolgter, die im engsten Einverständnis mit den Behörden ihre Arbeit aufnahmen. Von der Erkenntnis ausgehend, daß es nicht damit getan sei, daß sich örtlicherweise Komitees bildeten, sondern daß es auch notwendig sei, diese Komitees einheitlich auszurichten, um zu vermeiden, daß sie von unlauteren Elementen ausgenutzt würden, kamen hier im Rheinland im vorigen Jahr Vertreter aller rheinischen Komitees zusammen, um einen vorbereitenden Bezirksausschuß auf überparteilicher Grundlage zu bilden. Düsseldorf wurde die ehrenvolle Aufgabe überwiesen, die vorbereitenden Arbei-

ten zu einer festgeschlossenen Vereinigung und zur Bildung eines Landesverbandes zu schaffen. Diese Aufgabe betrachten wir Düsseldorf ehemalige politische Gefangenen rassistisch und religiös Verfolgte mit dem heutigen Tage als abgeschlossen und übergeben dieser Delegierten-Konferenz das, was wir geschaffen, zur weiteren Arbeit und Vervollendung. Zur Schaffung einer einheitlichen Organisation, nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern für das ganze Deutschland. Im Interesse nicht nur der deutschen ehemaligen politischen Gefangenen, sondern aller Kameraden aller Nationen, die mit uns in den deutschen Konzentrationslagern gelitten haben. Nicht nur zum Wohle der ehemaligen politischen Gefangenen, sondern zum Wohle aller aufbauwilligen Kräfte Deutschlands, zum Wohle aller Völker Europas und der Welt.

Wir politische Gefangenen betrachten uns, weil wir den unbeugsamen Willen gegen das Hitler-Regime durch unseren Widerstand in den Konzentrationslagern unter Beweis gestellt haben, als die wirklichen Garanten einer neuen Weltanschauung, einer Weltan-

schauung der Kameradschaft und Solidarität, als die Garanten zum Aufbau einer friedliebenden Welt. In Ihre Hand ist diese Arbeit nun gelegt. In diesem Sinne begrüße ich Sie in unserer ehemals so schönen Düsseldorf!



Der Vorsitzende der Landesorganisation
Ernst Saalwächter, Düsseldorf

Ernst Saalwächter
spricht



Wir gedenken der Toten!

Von Siegfried Seelig, Düsseldorf

Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Kameraden und Kameradinnen!

In dieser Stunde, da wir uns zum ersten Male zu einer großen Delegiertentagung zusammengefunden haben, eilen unsere Gedanken zu jenen Kameraden und Kameradinnen, denen es nicht mehr vergönnt ist, unter uns zu weilen.

Ob wir es wollen oder nicht, wenn wir einander begegnen, die alten Schicksalsgefährten aus der Emigration, den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen, die Erinnerung verläßt uns nicht.

Vor unseren Augen erstehen dann immer wieder jene schrecklichen Bilder, die wir tagein, tagaus erlebten, die wir nicht zu verhindern vermochten, wie sehr wir auch wünschten, Gewalt mit tätiger Abwehr zu beantworten.

Mit Trauer und Wehmut gedenken wir der Millionen meiner Glaubensgenossen, die dem nationalsozialistischen Rassenwahn zum Opfer gefallen sind, der Juden, deren Vorfahren vieltausendfach seit Jahrhunderten in Deutschland ansässig, stets in allen Lagen ihr Bestes für Volk und Vaterland gegeben haben.

Mit Trauer und Wehmut gedenken wir der unendlichen Schar deutscher politischer Gefangener, die sich niemals vor Hitler gebeugt und die lieber Not und Tod in Kauf genommen, ehe sie ihre Überzeugung preisgegeben haben.

Mit Trauer und Wehmut gedenken wir jener Vielzahl katholischer und evangelischer Priester und Laien, die ihrer religiösen Auffassung getreu, aufrecht durch das Leben

schritten und mutig ihr Leben für ihren Glauben dahingegeben haben.

Mit Trauer und Wehmut gedenken wir aber auch der heldenhaften tapferen Bibelforscher und jener politischen Einzelgänger, die ihren bewundernswerten Mut an den Tag gelegt und sodann ihre Überzeugung mit dem Tode bezahlten.

Mit Trauer und Wehmut gedenken wir endlich der Millionenzahl ausländischer Kameraden aus allen europäischen Nationen, die einerlei, ob aus West oder aus Ost, aus Nord oder Süd, ihr Vaterland im Herzen, um der Freiheit willen sterben mußten.

Sie alle, die toten Kameraden und Kameradinnen, beseelte gleich uns nur ein Verlangen, der Wunsch, daß sich ihnen gleich uns das Tor der Freiheit eines Tages öffnen würde, der Wunsch, daß sie gleich uns ihren Angehörigen zurückgegeben würden.

Das Schicksal hat es anders gewollt. Sie starben. Aber sie starben im Glauben an eine bessere Welt.



Direktor Siegfried Seelig, Düsseldorf



Totenehrung: Blick in den Saal

Sie erhofften vor allem ein neue freies und friedliebendes deutsches Vaterland. Sie erhofften ferner ein neues, auf Recht und Gerechtigkeit, auf Frieden und auf Völkerverständigung aufgebautes Europa.

An uns, die wir durch ein gütiges Geschick bewahrt und beschützt, das Glück hatten, alle Qualen und Martern zu überleben, ist es nun gelegen, uns dieser grandiosen Opfer unserer Toten würdig zu erweisen, dieser Opfer, die sie nicht nur für Deutschland und Europa, sondern vielmehr für die ganze zivilisierte Welt gebracht haben.

An uns ist es nun gelegen, alle guten Kräfte zu sammeln und vor allem einen Damm zu errichten, an welchem jene zerbrechen müßten, die es noch einmal wagen sollten, jene Gedanken zu propagieren, deren Endergebnis so sichtbar und grauenvoll vor uns ausgebreitet ist.

Wir, die Lebenden, wollen daher den toten Kameraden und Kameradinnen geloben, daß sie uns allzeit unvergessen bleiben. Ihr Geist soll unser Geist sein.

Damit, tote Kameraden und Kameradinnen, grüßen wir euch!

Unsere überparteiliche, politische Mission!

Von Senator Franz Heitges-Hamburg

Achtzehn Monate sind es her, seitdem sich die Tore der deutschen Konzentrationslager öffneten. Nicht durch die Kraft der deutschen antifaschistischen Bewegung wurden wir befreit, nicht unser eigener Widerstand hat die Gefängnisgitter niedergerissen, sondern der Vormarsch der alliierten Mächte, die für die Verteidigung der Demokratie einen heroischen Feldzug gegen Hitlerdeutschland

führten, brachte uns die Freiheit. Was wird uns erwarten? Diese Frage legten wir uns, als wir aus dem Jenseits zurückkehrten, vor. Wir wußten, daß vor uns Trümmer, Not und Elend stehen würden, aber wir zögerten nicht einen Augenblick, sofort unsere Kraft zur Verfügung zu stellen, um dem geschlagenen Deutschland einen anderen Inhalt, ein anderes, besseres Gesicht zu geben. Wir hat-

ten das Leben neu gewonnen, und so sagten wir auch zu diesem neuen Leben „Ja“. Wenn mancher hier draußen vor Verzweiflung den Kampf aufgeben wollte, wenn er einst in die Irre geleitet, nun von den Phrasen der Goebbelschen Propaganda angeekelt, plötzlich die nackte Wahrheit erkannte, wenn er nichts von Frau und Kindern wußte, die seit dem letzten Bombenangriff verschollen waren — uns konnte dies alles nicht zurückhalten. — Wir brachten eine hohe Verpflichtung mit, eine Verpflichtung, die uns die toten Kameraden in den Konzentrationslagern auferlegt hatten. Das Gelöbnis dieser Verpflichtung mag manchem wie leere Phrasen klingen, aber bestimmt nur für jene, die das, was wir erlebten, nicht mit eigenen Augen und Ohren, am eigenen Körper, erfuhren. Und so wurde die Verbundenheit, die aus der Not des Lagers entstand, für uns zur Selbstverständlichkeit, den gestrigen Widerstand, den wir den dem Untergang geweihten Vaterland entgegenstellten in den positiven Aufbauwillen umzuwandeln.

Die Zahl derer, die sich nach langjähriger Haft eigentlich erst der Erholung hingeben mußten, ist unendlich groß, aber wir alle setzten unsere gesamten Kräfte ein, damit nicht noch einmal dieses schreckliche Inferno über Deutschland Wirklichkeit werden konnte.

Wenn wir in diesen Stunden nach dem Nürnberger Urteil die Worte Fritsches hörten, daß er sich nach seinem Freispruch nunmehr erst vierzehn Tage Erholung gönnen wolle, um sich dann einem deutschen Gericht zu stellen, so sind diese Worte eine Provokation für die Millionen Opfer des Faschismus, die auch heute noch nicht wissen, wie und wo sie Erholung finden können. Daß aber derartige Sätze schon wieder in Deutschland gedruckt werden können und über den Rundfunk gesandt werden, zeigt uns, wie ungeheuer wachsam wir ehemaligen

politischen Gefangenen zu sein haben. Es hat keiner, der unsere Erfahrung gesammelt hat, das Recht, abseits zu stehen, denn sonst würde wiederum jener Zustand eintreten, daß um Hilfe gerufen wird, wenn es zu spät ist. Gerade unsere bitteren Lehren haben uns die Aufgabe gestellt, der Jugend den neuen Weg zu zeigen. Besonders die Jugend hat noch nicht begriffen, was Demokratie ist. Sie kennt die Demokratie nur aus der üblen Propaganda der Nazitheoretiker. Somit ist es unsere Pflicht, der Jugend die wahren Begriffe des Selbstbestimmungsrechtes und der permanenten Mitverantwortung beizubringen. Die zerbrochenen Götzen der Jugend dürfen aber auch nicht von reaktionären Kräften wieder zusammengekittet werden. Wir wenden uns darum gegen alle militärischen Begriffe in der Erziehung der Jugend. Schon in der Schule soll der Jugend der Weltgeist einer Völkerversöhnung Grundlage ihrer charakterlichen Bildung werden. Das ist aber nur möglich, wenn endlich der deutsche Untertanengeist mit Stumpf und Stiel ausgetilgt wird. Dieser Ungeist ist nicht erst das Produkt nationalsozialistischer Erziehung, sondern das Ergebnis jahrhundertelanger Tra-



Senator Franz Heitgres, Hamburg

dition der nichtkritisierbaren Staatsautorität. Wir ehemaligen politischen Gefangenen sind ein Bund von Menschen aus allen Kreisen der Bevölkerungsschichten. Neben dem Arbeiter und Handwerker lagen dort draußen im Dreck der Wissenschaftler und Künstler, der Kaufmann und Regierungsbeamte. Wir haben drinnen den Weg des gemeinsamen Widerstandes gefunden, und ich erhebe mahnend, den Ruf gerade an die fortschrittliche Intelligenz:

Wissenschaftler und Künstler, Ihr habt kein Recht, abseits zu stehen und Euch mit separatem Spezialwissen zu beschäftigen. Die Not des Volkes ist auch Eure Not, denn Ihr seid ein Teil des schaffenden Volkes und gerade Euer Wissen verpflichtet zu gemeinsamem Einsatz! Es wird heute sehr viel von der Wiedererweckung humanistischen Geistes gesprochen. Auch ich begrüße sie, aber ich wünsche, daß sie in ihrer Zielsetzung nicht das Mitleid erhebt, sondern jene Ursachen, die das Mitleid herausfordern, beseitigt. Vergessen wir nicht, daß auch in der altgriechischen Auffassung der Mensch in erster Linie ein Gemeinwesen war und daß jeder, der sich abseits stellte, mit Idioten bezeichnet wurde. Blicken wir beispielsweise nach Amerika, einem Erdteil, in dem vor zwei Jahrhunderten die demokratischen Rechte im Kampf gegen Wildnis und Naturgewalten aufgebaut wurden. Auch dort wurde jeder Mensch, der sich aus diesem gemeinsamen Kampf absonderte, des Verbrechens gegen die Demokratie angeklagt. Es waren die Gesetze jener Pioniere, die kämpfend mit den härtesten Schicksalen eine Welt erschließen wollten. Auch wir sind heute Pioniere in einem Lande, in dem aus Trümmern Neuland entstehen muß; und wie in einem brennenden Haus oder in einem überschwemmten Land keiner das Recht hat, privatissimo, Geige oder Skat zu spielen, so hat auch heute jeder in dieser Stunde der Not seine Kräfte zur Verfügung zu stellen. Unser Deutschland gleicht einem von materiellen und geistigen Trümmern überschwemmten Schlachtfeld, und in diesem Augenblick hat

in erster Linie der Erkennende und Wissende seine Aufgabe zu erfüllen. So muß die Einheit des schaffenden Volkes, aber auch die Einheit Deutschlands hergestellt werden, damit unser Land nicht wieder zum Spielball international sich widersprechender Interessen wird. Haben wir ehemaligen politischen Gefangenen nicht gerade auf diesem Gebiet unsere Verbindungen, die wir in den internationalen Komitees, in den Lagern ausbauten, heute mehr denn je zu verstärken, um die Brücke zu einer Völkerverständigung zu schlagen? Uns trennen keine Parteigrenzen, keine Konfessionen, keine Rassen und in der Erziehung des menschlichen Geistes trennen uns auch keine Landesgrenzen. Darum ergeht an die ehemaligen politischen Gefangenen aller Länder die mahnende Verpflichtung, heute, wo die Presse und der Rundfunk immer wieder vom Krieg und Kriegsgefahren sprechen, die Sprache des Friedens in den Vordergrund zu drängen und somit den

roten Winkel zum Banner des Friedens zu machen.

Ich weiß, daß in den verschiedenen Ländern und Gebieten der britisch besetzten Zone die Militärregierung durchaus noch nicht unsere wichtigen Aufgaben erkannt hat.

Ich weiß auch, daß teilweise die Besatzungsmacht von gewissen reaktionären Kreisen beeinflusst wird.

Und ich weiß auch, daß nur durch diese Machenschaften die Befehle ergehen konnten, Betreuungsstellen und Komitees der politischen Gefangenen aufzulösen.

Wenn man sogar den politischen Paß eines aktiven Antifaschisten auf Anordnung der Militärregierung einziehen lassen will, so steht eine solche Anordnung im deutlichen Widerspruch zu der Erklärung des Ministers Hynd, der im englischen Unterhaus betonte, die Wiedergutmachung und Betreuung der aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen Verfolgten wird von Personen aus

dem Kreis der Verfolgten selbst getragen.

Ob es eine Organisation der vom Naziregime Verfolgten geben darf, darüber kann einzig und allein der politisch Verfolgte selbst entscheiden. Die ehemaligen politischen Gefangenen waren nach den Worten des Generals Eisenhower während des Krieges die Alliierten der demokratischen Mächte innerhalb Deutschlands Grenzen und somit werden wir als die gestrigen Alliierten auch die heutigen Vorkämpfer der Demokratie sein. Ich kann es nicht verhehlen, daß auch die Besatzungsmacht keine Mittel besitzt, den politischen Gefangenen zu verbieten, ihren politischen Paß zu tragen. Dieser Paß ist nicht einzuziehen, weil er der Ehrenbrief der Antifaschisten ist, die es verstanden haben, den illegalen Widerstand gegen das Naziregime aufzunehmen. Es ist der Paß, der von einem deutschen Konzentrationär mit dem gleichen Stolz getragen wird, wie ihn der belgische und holländische Regierungsbeamte oder der tschechische oder französische Minister trägt, der derzeit mit uns in deutschen Konzentrationslagern gemeinsam litt und kämpfte.

Es ist unser Wunsch, es möge die Besatzungsmacht erkennen, daß sie in den ehemaligen politischen Gefangenen die wertvollsten Kader für die Demokratisierung Deutschlands findet. Aus dieser Erkenntnis gehen die ehemaligen politischen Gefangenen auch an die Fragen der Wiedergutmachung heran. Wir haben in den ersten Monaten und oftmals auch heute noch einen verzweifelten Kampf gegen jene kriminellen Elemente führen müssen, die das Ansehen des ehemaligen politischen Häftlings durch ihr Verhalten diskreditierten. Wir wissen aber auch, daß ein großer Teil der kriminellen Häftlinge ein ungeheuerliches Unrecht erlitten hat, und daß wir vom ersten Augenblick an bestrebt waren, auch diesen Kumpels den Weg ins Leben zu erleichtern, allerdings unter der

Voraussetzung, daß ihr Verhalten im Lager einwandfrei und kameradschaftlich war. Die Außenwelt weiß um diese Dinge nichts und es ist zwecklos, in unzähligen Schriften ihr diese Dinge verständlich zu machen. Hier trifft einzig und allein Goethe's Wort zu: „Wenn Ihr's nicht fühlt, Ihr werdet's nicht erjagen“. Und darum sind auch nur wir selbst in der Lage, eine klare Scheidung der Geister vorzunehmen, wobei wir uns bewußt sind, daß eine Wiedergutmachung in Deutschland für erlittenes Unrecht niemals hundertprozentig zu verwirklichen ist.

Warum verlangen die aus politischen, d. h. weltanschaulichen, rassischen oder religiösen Gründen Verfolgten und Geschädigten die Wiedergutmachung? Es ist nicht mehr als recht und billig, wenn Personen, denen durch rechtlose Zustände Besitz genommen oder deren Entwicklung gehemmt wurde, die Forderung erheben, wieder in ihre alten Rechte eingesetzt zu werden. Wiedergutmachung soll jedoch kein Äquivalent für Vergangenes sein. Ein Mensch, der für seine Weltanschauung Leben und Besitz in die Waagschale geworfen hat, hat nicht etwa während der Haftzeit ein Kapital investiert, in der Hoffnung, es eines Tages nach der Befreiung flüssig zu machen. Dies wäre ein Gedanke, den es für einen politischen Überzeugungstäter überhaupt nicht gibt. Die Berechnung der Haftzeit unter materiellen Gesichtspunkten, etwa nach ausgefallenen Löhnen oder entgangenem Gewinn, wird zumeist nur von solchen Leuten vorgenommen, die erlittenes Unrecht in besondere Vorteile ummünzen möchten.

Daß diese Tatsache hier erwähnt wird, soll nicht als Argument dienen, berechnigte Forderungen zurückzustellen oder einzuschränken, sondern besonders betonen, wie wichtig es ist, diese Wiedergutmachungsansprüche zu kontrollieren. Die Kontrolle kann aber auch nur aus den Kreisen der Geschädigten

heraus gelöst werden, und zwar von jenen, die in klarer politischer Erkenntnis die Gesamtlage des deutschen Volkes berücksichtigen.

So wird die Handhabung des endlich zu verwirklichenden Wiedergutmachungsgesetzes von zuverlässigen Kräften aus den Kreisen der politisch Verfolgten im Interesse der Geschädigten erfolgen müssen, aber auch im Interesse des gesamten deutschen Volkes gehandhabt werden können. Die Organisation der politisch Verfolgten wird Gewähr dafür geben, daß diese Kräfte für den Verwaltungsapparat gefunden werden. Jedes einzelne Mitglied der jetzt hier zu schaffenden Organisation, die in Zukunft auch keine Zonengrenzen kennen wird und die sich international mit den verschiedenen Organisationen der anderen Länder verbunden fühlt, muß sich bewußt sein, daß es in allen seinen Handlungen das Ansehen des roten Winkels zu wahren hat. Die Funktionäre dieser Organisation haben eine ununterbrochene Charakterbildung jedes einzelnen Mitgliedes vorzunehmen und es immer wieder auf seine verpflichtenden Aufgaben aufmerksam zu machen. Wenn wir diese charakterliche Schulung ununterbrochen verstärken, wird auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes zu einem entscheidenden Machtfaktor im neuen Deutschland. Jeder einzelne politische Gefangene hat als freie Persönlichkeit zu wirken. Frei im Bewußtsein seines humanen Geistes, gebunden im Zusammengehörigkeitsgefühl gemeinsam erlittener Not und gesetzter Marschrichtung. Wenn so für die Reinhaltung der eigenen Organisation gesorgt wird, werden auch die ehemaligen politischen Gefangenen vom gesamten deutschen Volk endlich als das erklärt, was sie in Wahrheit sind, nämlich die besten Deutschen, die in der Stunde der größten Gefahr bereit waren, ihr Leben einzusetzen, um die Schande Deutschlands, und das Unglück für die Welt zu verhindern.

Diese politischen Gefangenen sind dann endlich auch in den Augen der deutschen Jugend die wahren Helden. Und, liebe Kumpels, es liegt bei Euch, bei Euren Worten und Euren Taten, wieviel Verständnis Ihr beim deutschen Volk erwerbt, ihr selber habt die Verantwortung. Die Kontrolle der Öffentlichkeit, das verantwortungsbewußte Denken und Handeln der gewählten Vertrauensleute, die Mitarbeit aller ist die sicherste Gewähr für Verwirklichung einer neuen Demokratie. Auf diesem Wege findet sich die Arbeiterklasse und die fortschrittliche Intelligenz zusammen. Aus diesem Zusammenwirken muß die Einheit Deutschlands erstehen und ausgebaut werden.

Wir ehemaligen politischen Gefangenen sind bereit, die Verantwortung zu übernehmen, wir wollen Trümmer und Not beseitigen, weil wir schon in der Vergangenheit unser Leben dafür einsetzten, diese Not und diese Trümmer zu verhindern. Und wenn wir verantwortlich arbeiten, stehen wir zusammen, ganz gleich, ob als Arbeiter, Handwerker oder Bauer, ob als Künstler, Wissenschaftler oder Regierungsbeamter, und wir fragen auch jetzt nicht unseren Nebenmann, genau wie im KZ, in welcher Partei bist Du, sondern, was tust Du?! Wir sind bereit, in dieser Stunde der Not gemeinsam zu wirken, verpflichten uns aber auch, uns gemeinsam der öffentlichen Kontrolle zu stellen. Wir wollen über unser Tun und Lassen Rede und Antwort stehen. Die Kritik und die Kontrolle der Öffentlichkeit wird unserm Tun förderlich sein. So wird unser Zusammenwirken jeden Kumpel verpflichten, denn er muß bereit sein, in allen Situationen seinen Kumpeln mit ehrlichem Herzen und geraden Blicks entgegenzutreten. So wird er das wahrhaft Gute tun, weil er jederzeit der öffentlichen Kritik standhalten muß. Durch unser Beispiel wird sich das Gute Bahn brechen und endlich ein demokratischer Geist in Deutschland durchsetzen. Wir ehemaligen politischen Gefan-

genen haben diese Verpflichtung aus dem Lager mitgebracht und unser einheitlicher Wille, getragen von der Organisation „Vereinigung der Verfolgten des Naziregime“, wird wegweisend für alle Aufbauwilligen sein. Damit wollen wir alle positiven Kräfte zur Mitarbeit heranziehen. Wir sehen nicht die Aufgabe in der Entnazifizierung der kleinen und unbedeutenden Mitläufer, sondern in der Reinigung der wichtigsten Positionen in Wirtschaft und Verwaltung. Entscheidend ist die Entnazifizierung des Geistes, und darum wird der kleine Mitläufer, der gedankenlos aus Dummheit oder Feigheit dem Vergangenen anhing, am besten denazifiziert durch Erziehung, Selbsterkenntnis, und Mitarbeitsmöglichkeit.

Die ehemaligen politischen Gefangenen wollen die Desmolains, d. h. die öffentlichen Ankläger für die neue deutsche Demokratie sein. Unsere Wachsamkeit wird den Samen der Demokratie schützen, damit er nicht wieder durch ökonomische Mißverhältnisse erstickt und durch einen militärischen Stiefel zertreten wird.

Dieses Gelöbnis geben wir unseren toten Kumpels, denn wir wissen, daß wir im Kampf für alle Opfer des Nazismus den Hinterbliebenen keinen größeren Trost spenden können, als wenn wir im Geist ihrer Lieben die Taten und das Werk unserer toten Kameraden vollenden.

Die organisatorischen Aufgaben der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN)

Von Hans Schwarz. Hamburg

Als sich vor 18 Monaten die Konzentrationslager öffneten und in endlosen Zügen Zehntausende hungriger, zerlumpter, kranker Gefangener in ihrer gestreiften Kleidung über die Landstraßen durch die Dörfer und Städte Deutschlands ergossen, da schauderten die Menschen zusammen. Die gleichen Menschen, die heute noch sagen, wir haben es nicht gewußt. Damals erschrakten sie und gaben aus Angst und Scham.

Das Gebot der Stunde hieß sofortige Hilfe an Nahrung, Kleidung, Geld, Wohnung, ärztliche Behandlung. Keine andere Aufgabe konnte vordringlicher sein. So entstanden die ersten Dienststellen, die ersten Vereinigungen, die ersten Komitees. In Zusammenarbeit mit einsichtigen Stadt-, Provinzial- und Landesverwaltungen wurde der dringendsten Not gesteuert.

Aber die Auflösung des sagenhaften tausendjährigen Reiches hatte chaotische Zu-

stände heraufbeschworen. Keinerlei würdige Autorität war vorhanden. So konnte es geschehen, daß durch die Auflösung des Hitler-



Der Zonensekretär Hans Schwarz, Hamburg

reiches auch die kriminellen Elemente, die es in den Konzentrationslagern gegeben hat, den Weg in die Freiheit fanden und als politische Kämpfer auftreten konnten. So konnte es geschehen, daß der gleiche Polizeibeamte, der den Antifaschisten verhaften ließ, der gleiche SA-Mann, der die Judenaktion des Jahres 1938 durchführte, noch im Amte saß und über die soziale Betreuung des soeben heimgekehrten Antifaschisten entscheiden konnte. Ja, noch mehr, der gleiche Nazi, der wußte, daß seine Ortsgruppe sämtliche politischen Aktenstücke vernichtet hatte, konnte leicht einem ehemaligen SS.-Mann, der Blutschuld auf sich geladen hatte, einen Ausweis als politischen KZler ausstellen. Kriminelle und SS.-Elemente machten unseren Kameraden in den Vereinigungen, den Komitees und den Betreuungsstellen schwer zu schaffen. In diesem Augenblick mußten sich diejenigen von uns einschalten, die die Lagerverhältnisse - und die Methoden der Nazis gut kannten. Die Prüfung konnte nur durch uns selbst geschehen. Sie konnte nur eine grobe Siebung sein. Und so, wie wir in den Konzentrationslagern daran gingen, die Hilfe für unsere Kameraden zu organisieren, die Kranken und Schwachen ins Revier brachten, wenn wir auch dafür in den Bunker gingen, die Prügelstrafe auf uns nahmen, so gingen wir auch daran — obwohl wir selbst noch geschwächt von den Leiden der KZs waren — die Arbeit für ein neues, demokratisches Deutschland aufzunehmen. Wie wir noch unter dem Terror der SS in den Konzentrationslagern die Moral unserer Kameraden aufrechterhielten, die Verbindungen von einer Nation zur anderen herstellten, so gingen wir in den Septembertagen des Jahres 1945 daran, die erste Zusammenkunft der politischen Gefangenen aus ganz Deutschland, das in vier Zonen geteilt ist, vorzubereiten. Diese Zusammenkunft fand in Stuttgart statt. Aber damals standen uns noch viele technische Schwierigkeiten entgegen. Viele Einzelfragen

unserer Arbeit waren noch zu brennend, als daß wir sie lösen konnten. Aber eines war uns klar: Die politischen Gefangenen sind für ihre Überzeugung in die Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager gegangen. Zehntausende unserer besten Kameraden wurden hingemordet von den Schergen des barbarischen Hitlerreiches. Sie dürften nicht umsonst gefallen sein. Das bedeutete, daß wir die antifaschistische Einheit, die mit unserem Blute geschaffen wurde, aufrechterhalten mußten. Die Schaffung einer einheitlichen Organisation, von einem festen Willen getragen, aus der Vergangenheit lernend, daß jegliche Form von Faschismus ein Verbrechen an unserer Volke und an der gesamten Menschheit sei, war noch durchzuführen.

Wie wir in den Konzentrationslagern nicht fragten: Kumpel, woher kommst du? Bist du Sozialdemokrat, Kommunist, Katholik, Protestant oder Bibelforscher gewesen? Hast du als Arbeiter den Kampf in der Illegalität geführt, als bekennender Christ, als katholischer Kanzelprediger Gottes Wort mehr Geltung verschafft als dem Befehl des Führers, so gingen wir gestern, so sind wir heute an der Arbeit, unseren Kameraden beim Aufbau einer neuen Existenz behilflich zu sein, für die Hinterbliebenen unserer toten Kameraden die notwendige Fürsorge erkämpfend, ihren Kindern eine neue friedliche Welt erbauend.

Dieses Werk kann nur die gemeinsame Arbeit aller Kameraden sein. Darum eine überparteiliche Vereinigung, eine Leitung zusammengesetzt aus allen Schichten, aus allen Richtungen, aus allen Gruppen der Verfolgten des Naziregimes. Aufgebaut von unten nach oben mit gewählten Leitungen in allen Instanzen, mit den besten Aktivisten, die in Zusammenarbeit mit den gesetzlich dazu berufenen Stellen der Städte, Regierungsbezirke und des Landes an der Schaffung und Sicherung der Lebensexistenz für die religiös, rassisch und politisch Verfolg-

ten und deren Hinterbliebene wirken. Man sagt, überlassen diese notwendigem Arbeiten amtlichen Stellen allein. Nein, dieses ist nicht möglich. Genau so wie das öffentliche Leben belebt wird durch die freien Vereinigungen von Arbeitern, Bauern und Vertretern der industriellen und gewerblichen Produktion, der kirchlichen und karitativen Organisation, genau so ist die Interessenvertretung der Verfolgten des Naziregimes nötig.

Ist dies ein Gegensatz zu unseren Kameraden, die als unsere Exponenten in den amtlichen Stellen arbeiten? Nein, die Aktivisierung aller — ich betone aller — Verfolgten wird ihnen erst die nötige Unterstützung in den Amtsstuben geben. Von vielen von ihnen — die selbst jahrelang den Kampf für dieses andere Deutschland, das man oft noch nicht wahrhaben möchte, geführt haben — gingen beachtliche Impulse bei der Schaffung von Gesetzen aus. Dies sei dankend anerkannt. Aber gerade sie wissen, welche Schwierigkeiten noch zu überwinden sind und wie groß die Hemmnisse sind, die noch gemacht werden.

Was wollen die KZler? Haben sie nicht alles? So hört man noch mancherorten fragen. Aber wie ist es in Wirklichkeit bestellt? Die Präambel der Verordnung der englischen Militärregierung besagt, daß diejenigen Deutschen, die den Kampf gegen den Nationalsozialismus geführt haben und andere Personen, die wegen ihrer Religion, Rasse oder ihrer politischen Betätigung verfolgt worden sind, besondere Begünstigungen erhalten sollen. Damit soll anerkannt werden, daß dieser Personenkreis das andere, das heimliche Deutschland war.

So bekommen also die politischen Gefangenen täglich 400 Kalorien mehr als die übrigen Menschen in diesem Lande. Das soll ungerecht sein? Aber niemand regte sich auf, daß diese Männer und Frauen jahrelang einen langsamen Hungertod sterben mußten. Hunderttausende sind in den Konzentrationslagern Bergen-Belsen, Dachau, Buchen-

wald, Sachsenhausen, Auschwitz und wie sie alle noch hießen, vor Hunger elendig umgekommen. Niemals hörten wir einen Schrei der Empörung im heutigen Deutschland, wenn die gleichen Nazisadisten, die in den Internierungslagern 1800 Kalorien — und das lange vor der Erhöhung — erhielten und sich Berge von Paketen schicken lassen konnten. Alles Dinge, die nur durch den Entzug der Lebensmittel der breiten Masse unseres hungrigen Deutschlands möglich sind.

Hören wir einen Bericht:

Im steigenden Maße stellt meine Behörde fest, daß

1. die aus den Internierungslagern zur Entlassung kommenden Nazis im allgemeinen einen besseren Gesundheitszustand aufweisen als die hungernde Bevölkerung,
 2. ein Grund des Hamstern auf dem Lande die illegale zusätzliche Versorgung mit Lebensmitteln dieser politisch Inhaftierten ist.
- Dr. Walter Horn. Landrat des Landkreises Nabburg im Regierungskreis Regensburg am 17. 5. 1946.

Fordern wir eine Erhöhung der Rationen für die Verfolgten? Nein, denn solange in Deutschland gehungert werden muß, weil unser Land an den Folgen des verbrecherischen Hitlerkrieges leidet, den wir nicht wollten und den wir zu verhindern suchten, solange wollen wir nur, daß wir nicht schlechter leben als diejenigen, die unser Unglück verschuldeten.

Und wie steht es mit den Wohnungen? Haben sich der letzte Nationalsozialist und seine Wegbereiter in ihren Wohnungen eingeschränkt? Kennt ihr keinen Verfolgten mehr, der noch unterzubringen ist? Sind Klagen gegen Antinazis von tüchtigen Rechtsanwälten im Auftrage „schuldloser Nazis“ auf Räumung der Wohnungen, in denen Verfolgte des Naziregimes untergebracht sind, nicht an der Tagesordnung?

Arbeiten alle unsere Kameraden? Ja, sie arbeiten, soweit sie nicht durch Leiden, die sie sich zugezogen haben, arbeitsunfähig geworden sind. Aber unter welchen Umständen? Es gibt eine große Anzahl, die ihren Fähigkeiten entsprechend an führende Positionen in den Städten und Ländern gekommen sind. Es gibt auch solche, die als Treuhänder in den Betrieben eingesetzt wurden. Und trotzdem ist es unbefriedigend zu hören, daß diese Kameraden, die jahrelang verfolgt wurden, unter viel schwierigeren Bedingungen arbeiten müssen als die Nazis.

Denn die Antinazis stellen sich dem neuen Deutschland zur Verfügung. Aber sie wollen eine wirkliche Demokratisierung, eine echte Denazifizierung. Es darf aber nicht so gemacht werden, wie im Beispiel Westertimke. Hier sollen Kräfte für den Hilfsstrafvollzug geschult werden. Für die Internierungslager sollen deutsche Kräfte herangezogen werden. Aber unsere Antinazis, die selber jahrelang im KZ waren, trafen dort entmilitarisierte Offiziere, ja sogar solche, die selbst im Internierungslager Neuengamme von den Engländern festgehalten wurden und die dort noch gute Freunde haben. Jetzt sollen sie aber als Bewacher, dort tätig sein. Ist es daher unbegreiflich, wenn sich in diesen Hundertschaften folgender Geist bemerkbar macht:

„Wir werden unseren deutschen Brüdern nicht zumuten können, sie zu solchen schweren Arbeiten heranzuziehen.“

„Wir können es begreiflich finden, wenn Fluchten stattfinden werden. Wir werden niemanden hindern.“

Ist es nicht bereits der Geist, den wir 1919 und 1920 kennengelernt haben?

Die Verfolgten des Naziregimes müssen die Möglichkeit haben, sich ihre Wohnungen mit Möbeln einzurichten, sie brauchen Kredite, um die Betriebe in Schwung zu bringen, die sie übernommen haben. Sie müssen die

Möglichkeit haben, sich als mittlere oder obere Verwaltungsbeamte zu schulen, um später ihre Aufgaben besser erfüllen zu können.

Und wie steht es mit, unseren kranken und arbeitsunfähigen Kameraden, die aus den Konzentrationslagern zurückgekehrt sind? Eine statistische Erhebung — die allerdings nur unvollständig ist und die nur beweist, wieviel Arbeit die kommende Organisation zu leisten haben wird — zeigt:

Von 1807 eingewiesenen Patienten zweier unserer Erholungsheime waren:	
völlig zur Arbeit untauglich	311 = 15,2%
nur zur leichten Arbeit fähig	544 = 30,0%
Also 45,2% können nicht mehr voll eingesetzt werden.	

Wir werden also noch lange Zeit an den Folgen der Konzentrationslager leiden. Erholungsheime für die Kranken, Kinderheime für die Kinder, die entweder selbst im KZ waren oder deren Eltern lange Jahre keine Möglichkeit hatten, für ihre Gesundheit etwas zu tun, da der Nazismus für die Kinder der „Landesverräter“, der „Verbrecher“, nichts übrig hatte.

Und wie steht es mit unseren Hinterbliebenen? Sie, die ihre Liebsten hergaben, sie stehen im harten Lebenskampf. In noch schwierigerem Kampfe als wir selbst. Keine gesetzlichen Renten und Kinderzuschüsse, die es ihnen ermöglichen, ihren Kindern eine bessere Zukunft zu schaffen. Diese Tatsache muß unser Gewissen belasten. Es müssen gesetzliche Maßnahmen durchgeführt werden, um das Los unserer Hinterbliebenen zu verbessern. Das bleibt die unabdingbare Forderung an die Gesellschaft. Wir dürfen nicht aufhören, alles zu tun, nicht nur als Lippenbekenntnis, sondern auch in solidarischer Selbsthilfe. Unsere Hamburger Kameraden haben neben der Forderung nach gesetzli-

chen Renten, die Arbeiterschaft der Betriebe aufgerufen, Hinterbliebene der gefallenen Antifaschisten und deren Kinder in Patenschaften zu übernehmen. Damit ist eine unlösliche Verbundenheit der Betriebe mit den Kämpfern des heimlichen Deutschlands geschaffen. Patenschaften für die Kinderheime, die jetzt ein Jahr lang geführt werden, haben ebenso großen Erfolg gehabt. Mehr als 1100 Kinder aus der britischen Zone sind durch diese Heime gegangen und haben Erholung erhalten.

Diese Selbsthilfe ist die gleiche Hilfe, wie die in Konzentrationslagern geleistete. Aber sie enthebt die staatlichen Stellen nicht der Aufgabe, durch einen Akt des Gesetzes hier Hilfe zu leisten. Das waren Sofortmaßnahmen, die solange Gültigkeit haben müssen, bis das Wiedergutmachungsgesetz in Kraft treten kann. Was verlangen wir von der Wiedergutmachung. Diese Wiedergutmachung kann nur im Rahmen der Möglichkeit der deutschen Volkswirtschaft sein. Sie kann also keine 100%ige Wiedergutmachung sein. Aber sie muß den Aufbau der Existenzen aller Verfolgten des Naziregimes ermöglichen. Das ist das Mindeste, was zu verlangen ist. Sämtliche demokratischen Parteien haben dieses Recht anerkannt. Dies ist nur die Wiedergutmachung eines menschlichen Unrechts, das den Kämpfern und den Verfolgten angetan wurde. Das deutsche Volk wird herangezogen werden am Wiederaufbau des zerstörten Europas. Aber der Wiederaufbau Europas ist nur möglich in direkter Verbindung mit dem Wiederaufbau unseres eigenen Landes. Der materielle Wiederaufbau ist jedoch nur durchzuführen, indem man die Keime der Überheblichkeit, die der Nazismus gefördert hat, zerstört.

Und damit kommen wir zu den anderen aktuellen Aufgaben unserer Vereinigung. Durch unsere systematische Suche wurden zahlreiche Aktenstücke in sämtlichen Zonen Deutschlands gefunden, aus denen die Art

und die Dauer der Verfolgung hervorgeht. Die Nachsuche kann nur mit Hilfe unserer aktivsten Antifaschisten durchgeführt werden. Die Behörden, die Zuchthäuser, Staatsanwaltschaften müssen uns jedoch aktive Hilfe angedeihen lassen.

Die örtlichen Vereinigungen müssen umgehend Listen der zurückgekehrten politischen Gefangenen und Verfolgten an das Zonensekretariat senden, damit noch ungezählte Anfragen von Angehörigen aller Nationen beantwortet werden können. Mehr als 500 000 Anfragen liegen vor und wir haben die Verpflichtung, den Angehörigen über ihr Schicksal Auskunft zu geben. Die Toten jedes Land- und Stadtkreises sind festzustellen und ein würdiges Totenbuch soll für die Nachwelt angelegt werden.

Zahllos sind die Gräber, die verscharften Kameraden auf den Todesmärschen, die noch gefunden werden müssen. Eure Mithilfe ist nötig. Grablisten und Skizzen der Grabstätten müssen uns einen Überblick geben. Den Toten sind würdige Grabstätten und Mahnmäler zu setzen, Erinnerungsstätten für die kommende Generation, für das ganze deutsche Volk.

Unsere Kameraden müssen Berichte aus den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern geben, aus denen die Wahrheit in eidesstattlichen Erklärungen hervorgeht, aber auch die Arbeit und die menschliche Solidarität in diesen Terrorstätten der SS. Die sadistischen Brutalitäten der Ausrottung ganzer Rassen, wie Juden und Zigeuner, ganzer Volksstämme, der Mord an den Kriegsgefangenen in den Konzentrationslagern muß dokumentarisch festgelegt werden. Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verfolgung der Denunzianten ist eine dringliche Aufgabe. Verzeihung für die Urheber der Verbrechen ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht zu bestrafen, bedeutet den dritten Weltkrieg vorzubereiten.

Nicht nur das Leiden soll im Vordergrund stehen, sondern vor allem unser Widerstand. Die Geschichte des deutschen Widerstandes, der schon vor 1933 begann und fortgesetzt wurde, als die Welt noch glaubte, mit Hitler zu einem Übereinkommen zu kommen, ist noch zu schreiben. Der Widerstand, der von den deutschen Arbeitern zäh und mutig geführt wurde, aber in dem auch nicht nachstehen die Vertreter beider Konfessionen, die Bibelforscher, die Männer und Frauen des 20. Juli, die vielen Einzelgänger, die alle mutig in den Tod gingen und die nichts voneinander wußten. Aber eines — es gab eine Front der Anständigen, der Mutigen: das heimliche Deutschland.

Von diesem Kampf muß gesprochen und berichtet werden. Presse und Radioberichte, Bücher und Broschüren, Ausstellungen usw. sollen in allen Städten Deutschlands die Menschen aufrütteln. Ihnen zeigen, daß das Recht des Widerstandes gegen eine ungesetzliche Regierung, die die Rechte des Volkes nicht achtet, eine sittliche Pflicht wird. Die Verfolgten des Naziregimes haben das Volk wachzurütteln, es auf die Gefahren aufmerksam zu machen. Gemeinsam mit den demokratischen Parteien ist der wieder frecher werdende Nazigeist zu bekämpfen. Wenn in Erlangen ein Pastor Niemöller wieder mundtot gemacht werden kann, wenn Antinazis wieder in den Dörfern niedergeschlagen werden können, wenn Ermordungen von Juden in Bayern wieder möglich sind, wenn auf den Entnazifizierungskammern wieder Bombenanschläge gemacht werden, dann ist es an der Zeit, daß die Antifaschisten — die ein barbarisches Regime bereits einmal mitgemacht haben — mehr als wachsam werden. Denn es geht nicht um sie, sondern um die Demokratie und um das Vertrauen in das kommende Deutschland.

Wenn wir also von dem Vertrauen zu Deutschland sprechen, dann müssen wir davon sprechen, daß der Haß gegen Deutschland nur zu begreiflich ist, wenn man bedenkt, daß Brutalität und Sadismus, Mord, Ausplünderung, Vernichtung jeglichen fremden Volkstums in den besetzten Gebieten Europas mit dem Begriff Deutschland und dem Naziregime gleichgesetzt wurde. Das Vertrauen können wir uns aber nur durch unsere harte Arbeit erwerben. Und wer ist denn besser geeignet, als die überlebenden 250 000 deutschen Antifaschisten aller Richtungen, Schichten und Bekenntnisse, die den Kampf vor und während des Naziregimes führten und die ihn nicht einmal unterließen, als der brutale Terror der SS-Banditen in den Zuchthäusern und KZ Tausende von ihnen grausam ermordete.

Sie waren es, die das Leben zehntausender ihrer ausländischen Brüder und Schwestern retteten, und sie sind es, denen unsere ausländischen Kameraden, die als Minister und Verantwortliche in den Regierungen ihrer Länder sitzen, aus dieser kämpferischen Vergangenheit heraus auch das Vertrauen für die Zukunft schenken:

Daß sie aus Deutschland wieder ein friedliches, vollberechtigtes Glied der Völkerfamilie machen werden. Sie allein.

Kameraden und Kameradinnen, dieses Geschenk fällt uns nicht ohne Arbeit in den Schoß. Laßt uns arbeiten, laßt uns kämpfen für dieses Ziel und machen wir wahr, was während des Krieges ausländische Stimmen sagten:

„Die deutschen Antinazis zusammenschweißen war vor 1933 nicht möglich gewesen. Hitler hat wider seinen Willen dieses Kunststück fertiggebracht.“

Die Bildung des Vorstandes

Auf Vorschlag des von dem Kameraden Rattei-Essen geführten Wahlausschusses und nach eingehender Begründung durch den Kameraden Schwörer-Dortmund wählte die Delegiertentagung folgenden Vorstand.

a) Der sogenannte „kleine Vorstand“ setzt sich zusammen aus:

1. Saalwächter, Düsseldorf, KPD;
2. Melchers, Düsseldorf, KPD;
3. Holl, Düsseldorf, SPD;
4. Radtke, Arnberg, SPD;
5. Lütsches, Düsseldorf, CDU;
6. Floßdorf, Mülheim-Ruhr, Z;
7. Lessing, Gelsenkirchen, FDP;
8. S. Seelig, Düsseldorf, Jüdische Gemeinschaft;
9. Frau Martha Buch, Essen, als Frau, SPD;

b) Der sogenannte „erweiterte Vorstand“ wird gebildet von:

1. Jäger, Bad Meinberg, KPD, Land Lippe;
2. Stöcker, Minden, Z, Regierungsbezirk Minden;
3. Schwörer, Dortmund, SPD, Regierungs-

bezirk Arnberg;

4. Reimann, Ahlen, KPD, Regierungsbezirk Münster;
5. Dr. Schmidt, Düsseldorf, SPD, Regierungsbezirk Düsseldorf;
6. Gerard, Köln, KPD, Regierungsbezirk Köln;
7. Otten, Aachen, Regierungsbezirk Aachen;

ferner zusätzlich:

8. Domkapitular Friedrichs, Münster, als Vertreter der katholischen Religionsgemeinschaft;
9. Pfarrer Schmitz, Obrighoven bei Wesel, als Vertreter der evangelischen Religionsgemeinschaft;
10. Heimberg, Dortmund, als Vertreter der jüdischen Religionsgemeinschaft;
11. Hildebrand, Solingen, als Vertreter der Bibelforscher;
12. Frau Schwesig, Duisburg, als Vertreterin der Frauen, KPD.

Entschliefungen.

Wir, die am 26. Oktober 1946 im „Neuen Theater“ zu Düsseldorf zur ersten Landes-Konferenz der „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes“ (VVN) als der überparteilichen Organisation der rund 50 000 ehemaligen politischen Gefangenen, rassistisch und religiös Verfolgten des Landes Nordrhein-Westfalen zusammengetretenen Delegierten fassen einstimmig die folgenden Entschliefungen:

1. **Entschliefung zur Gründung einer Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) für den Bereich des Landes Nordrhein-Westfalen:**

Es ist unser Wunsch und unser Verlangen, daß sich in allen Stadt- und Landkreisen des Landes Nordrhein-Westfalen mit tunlichster Beschleunigung Vereinigungen der Verfolgten des Nazi-Regimes bilden.

Wir fordern, daß sich ihre Gründung allüberall auf streng demokratischer, überparteilicher Basis vollzieht, daß ihre Vorstände auf paritätischer Grundlage gebildet werden und daß ihre übrigen Organe den Geist der Kameradschaft und der Toleranz atmen, die uns in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern verbunden hat, und deren Erhaltung und Förderung uns höchste Pflicht erscheint.

Wir bitten die Militärregierung, bitten aber auch die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen, alle untergeordneten Organe anzuweisen, Anträgen auf Gründung von Vereinigungen der Verfolgten des Nazi-Regimes unverzüglich zu entsprechen.

Sinn und Zweck unserer Vereinigungen ist im Entwurf unseres Arbeitsprogramms und im Entwurf unserer Satzungen festgelegt, die heute schon uns als Richtschnur unseres Handelns zu dienen haben, wenngleich wir allgemein der Auffassung sind, daß sie noch keinen endgültigen Charakter tragen und zuerst noch sorgfältiger Prüfung und Erwägung bedürfen.

2. Entschließung zur Frage der Schaffung eines Gesetzes zur Wiedergutmachung.

Wir fordern und verlangen, daß die Frage der Wiedergutmachung, die nun schon seit Jahr und Tag die Öffentlichkeit beschäftigt, baldigst, einer alleits befriedigenden Lösung zugeführt wird.

Wir richten die dringende Bitte an die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen, dem Landtag alsbald einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen und unserer Landesorganisation die Möglichkeit zu bieten, Vorschläge und Anregungen anzubringen.

Wir richten die dringende Bitte an alle im Landtage vertretenen Parteien, diesem Gesetz der Wiedergutmachung ihre ganze Aufmerksamkeit zu schenken und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dahin zu streben, daß eine Lösung gesucht und gefunden wird, die den berechtigten Interessen aller betroffenen Volkskreise dienlich ist.

Wir sind der Meinung, daß das Land Nordrhein-Westfalen gegenüber den Witwen und Waisen der in den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen ermordeten Kameraden, darüber hinaus aber auch gegen-

über allen kranken und siechen ehemaligen politischen Insassen deutscher Menschenver-nichtungslager eine Ehrenschild einzulösen hat, deren baldige Tilgung als eine Ehrenpflicht dringendst erforderlich ist.

Es erscheint uns ein Gebot zwingender Notwendigkeit, daß unsere Witwen und Waisen, insonderheit aber auch unseren kranken und siechen Kameraden eine monatliche Rente zuerkannt wird, die sie von allen materiellen Nöten befreit und die es ihnen gestattet, ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

Wir bringen bei dieser Gelegenheit sowohl der Militärregierung als auch der Landesregierung in die Erinnerung, daß uns die SS in deutschen Konzentrationslagern nicht nur jahrelang die Freiheit genommen hat, daß sie uns vielmehr auch unserer persönlichen Habe, unserer eigenen Bekleidung, unserer Trauringe, Uhren, Wertgegenstände und unseres baren Vermögens beraubte.

Es ist uns sehr wohl bekannt, daß die deutsche SS unser Eigentum in Form von Uhren, Trauringen, Schmuckringen, Barvermögen usw. mit Einschluß, der unseren toten Kameraden ausgebrochenen Goldzähnen und Goldplomben bei deutschen Bankanstalten, Reichsbank und anderen Bankanstalten deponierte.

Es ist unser gutes Recht, daß uns diese unter Anwendung von Gewalt abgenommenen Wertgegenstände baldigst wiedergegeben werden, und wir fordern mit dem gleichen Recht, daß alles Eigentum der als verbrecherisch erklärten Organisation der SS und ihrer als verbrecherisch erkannten Mitglieder solange sichergestellt wird, bis unsere Forderung auf Herausgabe des Diebesgutes bis zum letzten erfüllt ist.

Wir sind uns der großen Notlage des deutschen Volkes voll und ganz bewußt. Wir sind nicht in die Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager gewandert, um irgendwelcher materieller Vorteile wegen, und wir

lehnen es infolgedessen grundsätzlich ab, Forderungen an deutsche Staatsbürger zu richten, die gleich uns Hitler und seinem System mit Abscheu beegnet sind.

Wir verlangen aber mit dem Rechte, das am Himmel hängt, daß Sühne und Wiedergutmachung geleistet wird und daß zur Befriedigung unserer Rechtsansprüche jene herangezogen werden, die sich als Nutznießer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erwiesen haben.

3. Entschließung zur Frage der Entlassung deutscher Freiheitskämpfer:

Rund 17 Monate sind seit dem Zeitpunkt vergangen, an welchem Hitler-Deutschland zusammenbrach. Mehr als Hunderttausend politische Gefangene danken ihre Befreiung ausschließlich den Truppen der alliierten Mächte. Das darf und soll und wird ihnen niemals vergessen werden.

Mit Sorge und Wehmut gedenken wir jener Kameraden in den alliierten Kriegsgefangenenlagern, die gleich uns jahrelang hinter Kerkergittern und Stacheldraht verbracht, die die deutsche Justiz und die deutsche Waffen-SS unter Gewaltanwendung ins deutsche Heer und in die Waffen-SS gepreßt und die nun mit Sehnsucht auf den Tag warten, der sie mit ihren Angehörigen und mit unserem neuen, freien deutschen Vaterland vereinigen soll.

Es fehlt uns jedes Verständnis dafür, daß unsere Kameraden, geachtet und geehrt von allen gerechtdenkenden Menschen aller Nationen, in alliierter Gefangenschaft schmachten müssen, während sich die Nutznießer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in Freiheit befinden. Jene verzehren sich in Sehnsucht nach Hause, diese aber hetzen und geifern, jene drängt's zur Arbeit, diese aber sabotieren das neue Deutschland.

Wir bitten den alliierten Kontrollrat in Berlin, bitten unsere ausländischen Kameraden aus Gefängnis, Zuchthaus und Konzentration

slager, bitten aber auch die gesamte zivilisierte Welt, sich unserer kriegsgefangenen Kameraden in brüderlicher Liebe anzunehmen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß sie mit größtmöglicher Eile zur Entlassung gebracht werden.

4. Entschließung zur Frage der Gewährung einer Lizenz zur Herausgabe einer Zeitungs-Korrespondenz und eines Buch- und Schriftverlages:

Mit Verwunderung, aber auch mit Erstaunen stellen wir fest, daß die Britische Pressestelle innerhalb des britischen Kontrollgebietes zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften Lizenzen erteilt hat, daß sie uns rund 50 000 ehemaligen politischen Gefangenen, rassisch und religiös Verfolgten innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen indes bis zur Stunde keine ausreichende Orientierungsmöglichkeit geboten und daß sie uns bisher die Genehmigung versagt hat, unseren Kameraden und Kameradinnen ausreichend mit der Aufklärung zu dienen, zu der wir vor uns selbst und vor unserem Gewissen verpflichtet sind.

Tausende und abertausende Kameraden und Kameradinnen haben ihr Leben für die Sache der Freiheit lassen müssen. Tausende und abertausende sind heimgekehrt, die sich niemals Hitler und seiner Partei gebeugt haben.

Sie, die als aufrechte Männer und Frauen unerschrocken ausgeharrt, haben ein Recht auf Herausgabe einer Zeitungskorrespondenz, die im Rahmen der uns gesetzten Zensurbestimmungen und Verordnungen zum Aus-2378 Blätter d. Arb. Anschluß -10 druck zu bringen erlaubt, was zum Ausdruck gebracht werden muß.

Wir bitten die Pressestelle der Britischen Militärregierung, ihre Auffassung einer Revision zu unterziehen und uns die Zeitungs- und Verlagslizenz zu verabreichen, um die wir

nachgekommen sind und erneut nachkommen werden.

5. Entschließung zur Frage der Anklage und Verurteilung von nationalsozialistischen Verbrechern:

In den 13 Jahren der Schreckens- und Willkürherrschaft des Nationalsozialismus sind von Mitgliedern der Partei und ihrer Terror-Organisationen unzählige Straftaten begangen worden, die nach den zur Zeit der Begehung bestehenden Strafgesetzen als Verbrechen und Vergehen hätten verfolgt werden müssen. Alle diese Verbrechen des Hochverrats, des Mordes, der Tötung und Mißhandlung, der Folterungen und grausamen Quälereien von Gefangenen, Freiheitsberaubungen, des Raubes, der Nötigung und Erpressungen, Wahlfälschungen, Landfriedensbruchs, Brandstiftung und ungezählter weiterer Verletzungen der Strafgesetze fanden keine Sühne, da die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte, die selbst unter dem rechtswidrigen Druck der Partei standen, ihr Amt nicht mehr auszuüben wagten oder auch unter bewußter Verletzung ihrer Amtspflichten im Interesse der Partei nicht ausüben wollten.

Diese Verbrechen dürfen und können nicht ungesühnt bleiben.

Der in den Jahren der gesetzlosen Willkür aufs tiefste erschütterte Glaube des deut-

schen Volkes an Recht und Gerechtigkeit muß wieder hergestellt werden. Ohne diesen Glauben kann kein Wiederaufbau und keine Staatsbildung erfolgen.

Durch die in der Geschichte beispiellosen Verbrechen des Nationalsozialismus gegen die eigene Bevölkerung hat das Ansehen des deutschen Volkes in den Augen aller recht- und ehrliebenden Nationen aufs schwerste gelitten. Um unsere Ehre in der Gesellschaft der Nationen wiederherzustellen, sind wir verpflichtet, aus eigenem Antrieb und Entschluß durch umfassende Sühnung der begangenen Verbrechen den Beweis zu liefern, daß wir gewillt und imstande sind, uns von den Verbrechern zu scheiden und wieder einen Rechtsstaat zu bilden, der würdig ist, wieder in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen zu werden.

Wir, die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes, die ehemaligen politischen Gefangenen, die politisch, rassisch und religiös Verfolgten, fordern aus diesen Gründen die Regierungen der Länder auf, unverzüglich alle Verordnungen zu erlassen, die notwendig sind, um die geforderte Sühne rücksichtslos und schnell durchzuführen und sicherzustellen und auch, falls nötig, von den Besatzungsbehörden die zu diesem Zweck erforderlichen Vollmachten einzuholen.

